

Dokumentation ForumFamilie vom 29. April 2010



Kölner Bündnis  
für Familien

# Was brauchen unsere Kinder?

Ganztage in NRW – zwischen Aufbewahrung  
und Bildungsanspruch

Dokumentation ForumFamilie  
vom 29. April 2010

<b>Inhalt</b>	<b>Seite</b>
<b>Das Kölner Bündnis für Familien</b>	<b>4</b>
<b>Das ForumFamilie 2010</b>	<b>6</b>
<b>Programmübersicht</b>	<b>7</b>
<b>Begrüßung: Oberbürgermeister Jürgen Roters</b>	<b>9</b>
<b>Impulsreferate</b>	<b>13</b>
– Elementarpädagogik vom Kinde aus – mit dem KiBiz? – Gerhard Stranz	13
– Die offene Ganztagschule im Primarbereich – Dr. Karin Kleinen	18
– Entwicklungsräume und Beteiligungsmöglichkeiten für Heranwachsende in der Sekundarstufe I – Rainer Kascha	25
<b>Arbeitskreise zu den Impulsreferaten</b>	<b>30</b>
<b>Podiumsdiskussion mit Bildungspolitikerinnen und Bildungspolitikern</b>	<b>32</b>
<b>Schlusswort: Beigeordnete Dr. Agnes Klein</b>	<b>39</b>
<b>Tagungsteam</b>	<b>41</b>
<b>Teilnehmerinnen und Teilnehmer</b>	<b>44</b>
Impressum	46

## Das Kölner Bündnis für Familien



Das Kölner Bündnis für Familien ist eines von über 600 kommunalen Bündnissen für Familien in Deutschland. Es wurde am 18. März 2004 im Rathaus gegründet, um das Ziel „Köln – eine familienfreundliche und soziale Stadt“ verwirklichen zu helfen.

### Kontakt

Stadt Köln  
Amt für Kinder, Jugend und Familie  
– Fachstelle Familienbeauftragter –  
Ottmar-Pohl-Platz 1, 51103 Köln  
[buendnis-familien@stadt-koeln.de](mailto:buendnis-familien@stadt-koeln.de)

## Mitglieder und Partner

Agentur für Arbeit  
Arbeitgeber Köln  
Bezirksregierung Köln  
Bundesamt für den Zivildienst  
Bundespolizeiamt  
Bundeszentrale für Gesundheitliche  
Aufklärung  
Bundeswehr am Standort Köln  
Deutsches Institut für Medizinische  
Dokumentation und Information  
Deutsche Sporthochschule Köln  
DGB Region Köln-Bonn  
Evangelischer Kirchenverband Köln  
und Region  
Fachhochschule Köln  
Germany Trade & Invest  
Hauptzollamt Köln  
Handwerkskammer zu Köln  
Hochschule für Musik und Tanz  
Kunsthochschule für Medien Köln  
Oberfinanzdirektion Köln (Bund)  
Oberfinanzdirektion Rheinland  
Industrie- und Handelskammer zu Köln  
Katholisches Stadtdekanat  
Katholische Fachhochschule NRW  
Kölner Familien  
Landschaftsverband Rheinland  
Liga der Wohlfahrtsverbände  
Männer-Väter Forum Köln  
pme Familienservice GmbH  
RheinEnergieStiftung Familie  
Sparkasse Köln Bonn  
Stadt Köln  
Universität zu Köln  
Wirtschaftsjunioren Köln e.V.  
Zollkriminalamt

## Das Forum Familie 2010

Zentrale Plattform und Schaufenster des Kölner Bündnisses für Familien ist das ForumFamilie. Es findet einmal im Jahr, möglichst am Internationalen Tag der Familie (15. Mai) statt. Mit dieser Fachveranstaltung möchte das Bündnis die Situation der Familien in Köln in den Mittelpunkt des politischen und gesellschaftlichen Interesses rücken.

Im Jahr 2010 befasste sich das ForumFamilie mit der allgegenwärtigen Forderung nach „bester Bildung für unsere Kinder“. Unter dem Leitsatz „Was brauchen unsere Kinder?“ sollte herausgearbeitet werden, was „beste Bildung“ für Kinder mit ihren Wachstums- und Entwicklungsinteressen bedeutet. Auf der Grundlage von Impulsreferaten behandelten drei Arbeitskreise die Themen Kinder im Vorschulalter, im Primarbereich und in der Sekundarstufe I. Anschließend diskutierten Bildungspolitikerinnen und Bildungspolitiker der Landesebene die Ergebnisse in einer Plenumsrunde.

Wenn über Bildungspolitik, über Betreuung und über den Ausbau von Kindergartenangeboten oder Ganztagsschulangeboten gesprochen wird, geschieht das aus vielen verschiedenen Blickwinkeln: familienpolitisch, frauenpolitisch, sozialpolitisch, integrationspolitisch, finanzpolitisch oder auch aus dem Blickwinkel der Wirtschaft oder der Rentenversicherungen. Nur selten geschieht dies jedoch aus dem Blickwinkel der unmittelbar Betroffenen: der Kinder, die in diese Einrichtungen gehen.

Deshalb wurde das ForumFamilie 2010 ganz bewusst unter das Motto gestellt: Was brauchen unsere Kinder? Was wollen die denn überhaupt? Was dürfen unsere Kinder, wenn es um die Ausgestaltung der Lebensbereiche geht, in denen sie viel Zeit verbringen und in Zukunft noch viel mehr Zeit verbringen werden?

In Diskussionen spricht man viel über Zahlen, auch über Zeiten: Wie lange soll Schule dauern? Wie früh beginnt die Kindergartenbetreuung? Das ist wichtig, aber es ist auch wichtig, über Qualität zu sprechen. Das stand im Mittelpunkt des ForumFamilie 2010.

## Programmübersicht

- 12:00 Uhr    Anmeldung/Stehkaffee
- 13:00 Uhr    Begrüßung  
Oberbürgermeister Jürgen Roters
- 13:15 Uhr    **Impulsreferate**
- 1. Elementarpädagogik vom Kinde aus – mit dem KiBiz?**  
Gerhard Stranz, Dortmund
- 2. Die Offene Ganztagschule im Primarbereich**  
Dr. Karin Kleinen, Landschaftsverband Rheinland
- 3. Entwicklungsräume und Beteiligungsmöglichkeiten für Heranwachsende in der Sekundarstufe I**  
Rainer Kascha, Paritätisches Jugendwerk NRW
- 14:00 Uhr    **Arbeitskreise zu den Impulsreferaten**
- AK 1: Vorschulalter – Kinderbildungsgesetz in NRW**  
Moderation: Svenja Rabenstein, Landschaftsverband Rheinland und  
Sabine Kobusch, Kindertagesstätte der Universitätsklinik Köln  
Experte: Gerhard Stranz
- AK 2: Offene Ganztagschule im Primarbereich**  
Moderation: Cornelia Spachtholz, Verband berufstätiger Mütter  
Expertin: Dr. Karin Kleinen
- AK 3: Entwicklungsräume und Beteiligungsmöglichkeiten in der Sekundarstufe I**  
Moderation: Anja Hampel, Der Paritätische Nordrhein-Westfalen  
Experte: Rainer Kascha

- 15:15 Uhr Pause
- 15:30 Uhr **Podiumsdiskussion mit Bildungspolitikerinnen und Bildungspolitikern der Landesebene**
- 17:00 Uhr Schlusswort  
Dr. Agnes Klein, Beigeordnete der Stadt Köln für Bildung, Jugend und Sport
- 17:15 Uhr Kabarett mit Robert Griess  
  
anschließend Umtrunk

Gesamtmoderation: Helmut Frangenberg, Kölner Stadt-Anzeiger

## Begrüßung: Oberbürgermeister Jürgen Roters

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

ich freue mich, Sie zum ForumFamilie 2010 des Kölner Bündnisses für Familien begrüßen zu können. Seit 2006 ist es bereits das fünfte ForumFamilie, das hier im Historischen Rathaus anlässlich des Internationalen „Tages der Familie“ stattfindet. Und die Stadt Köln ist stolz, auch in diesem Jahr wieder Gastgeberin sein zu können.



Oberbürgermeister Jürgen Roters

Es ist Teil des Konzepts dieser Veranstaltung, sich jährlich wechselnd mit einem familienpolitisch aktuellen und gesamtgesellschaftlich relevanten Thema zu befassen. In diesem Jahr hat der Koordinierungskreis des Kölner Bündnisses für Familien das Thema Bildung und die Frage „Was brauchen unsere Kinder?“ auf die Tagesordnung gesetzt. Nur wenige Themenkomplexe werden aktuell derart breit und intensiv in Politik, Wissenschaft, Schule, Wirtschaft sowie von den Eltern und Schülerinnen und Schülern selbst diskutiert wie dieser.

Nahrung erhält die Debatte durch eine Vielzahl von Beiträgen, die sich überwiegend mit den Defiziten unseres an vielen Stellen offensichtlich unzureichenden Bildungssystems befassen (...). Beispielsweise schreibt eine Kölner Zeitung über die jüngst in Köln stattgefundene Bildungsmesse didacta: „Die Tatsache, dass ernstzunehmendes Lernen nicht erst ab sechs Jahren beginnt, hat sich längst noch nicht überall durchgesetzt.“ Ergänzend hierzu stellt die Bundesbildungsministerin fest, dass „der Übergang vom Kindergarten in die Schule teilweise einem Weltwechsel gleichkomme“.

Eine jüngst von der Bertelsmann Stiftung veröffentlichte Studie gelangt zu dem Ergebnis, dass „Deutschland enormes Wachstum durch schlechte Bildung ver-schenke“. Die Begründung hierfür ist, dass rund 20 Prozent aller 15-Jährigen zu

den „Risikoschülern“ zählten, die nur mangelhaft rechnen und lesen können und deshalb beim Eintritt in die Berufstätigkeit erhebliche Probleme hätten (...).

Am oberen Ende der Bildungshierarchie müssen sich leistungswillige und leistungsstarke Kinder und Jugendliche zudem mit dem auf ihnen lastenden Leistungsdruck auseinandersetzen. So stellt das LBS-Kinderbarometer 2009 im repräsentativen Länderbericht beispielsweise für Thüringen fest: Für jedes achte Kind zwischen 9 und 14 Jahren ist die Schule kein Ort mehr, an dem es sich wohl fühlt. Diese Kinder klagen unter anderem über Stresssymptome in Drucksituationen, wie etwa Kopfschmerzen oder Bauchschmerzen.

Offensichtlich haben aber auch viele Eltern das Vertrauen in das deutsche Schulsystem verloren. Sie bauen auf individuelle Förderung und geben gemäß einer weiteren aktuellen Studie der Bertelsmann Stiftung bundesweit bis zu 1,5 Milliarden Euro für Nachhilfe aus.

Das alles sind sehr beunruhigende Beispiele, die einen düsteren Blick auf unser Bildungssystem werfen. Vor diesem Hintergrund stellt sich natürlich die Frage: Welche Chance haben die Kinder und Jugendlichen, deren Eltern ihre Förderung weniger ernst nehmen oder selbst nicht in der Lage sind, die privaten Unterstützungsmaßnahmen zu finanzieren? Betroffen sind hier vor allem Kinder aus anderen Kulturkreisen. Von Chancengleichheit und Chancengerechtigkeit kann unter diesen Voraussetzungen sicherlich nicht die Rede sein. Ganz im Gegenteil: Es ist eine Tatsache, dass die Chancen im vorschulischen und schulischen Bildungssystem ungleich verteilt sind.

Das Betreuungssystem im Sekundarbereich sowie das Schulsystem an sich sind unter rechtlichen Gesichtspunkten Ländersache. Die Gestaltungsmöglichkeiten der Städte und Gemeinden sind hier stark eingeschränkt. Nichtsdestotrotz müssen sich auch die Kommunen (...) in die Bildungspolitik einbringen und Einfluss auf den Gesetzgeber nehmen (...). Einflussnahme auf die Landespolitik ist jedoch nur die eine Seite der Medaille. In den Bereichen, in denen dies notwendig scheint, müssen wir als Stadt selbst mit eigenen Projekten und Programmen aktiv werden.

Ich möchte als Beispiel in diesem Zusammenhang die Ausgestaltung der Schulsozialarbeit nennen.

Die massiven Finanzierungsprobleme der Kommunen setzen unserer Eigeninitiative enge Grenzen. Dennoch engagiert sich Köln im Interesse seiner Zukunftsfähigkeit über das von Land und Bund festgelegte Maß hinaus. Ich möchte hier nur auf die U3-Versorgung und die Ganztagsinitiative in der Sekundarstufe I verweisen. Aktuell stehen für circa 23 Prozent der Unterdreijährigen Betreuungsplätze zur Verfügung. Den weiteren Ausbau bis auf einen Versorgungsgrad von 40 Prozent hat der Rat dieser Stadt im Februar 2009 beschlossen. In den Offenen Ganztagschulen verfügen wir bekanntlich inzwischen sogar über 18.800 Betreuungsplätze, für jedes zweite Grundschulkind ist ein Betreuungsplatz vorhanden.

Eine positive Entwicklung ist auch im Bereich der Ganztagschulen zu verzeichnen. Mit Hilfe des Landes sind die Sekundarstufen I in 14 von 29 Hauptschulen, 6 von 23 Realschulen sowie 6 von 30 Gymnasien im gebundenen oder erweiterten gebundenen Ganztags organisiert. Hinzu kommen neben den acht Gesamtschulen sechs städtische Förderschulen, die als Ganztagschulen geführt werden.

Insgesamt werden damit 54 der 113 Schulen in der Sekundarstufe I im gebundenen Ganztags sein. Bezogen auf die Schülerzahlen in den Eingangsklassen bedeutet dies einen Versorgungsgrad von circa 57 Prozent ab dem Schuljahr 2010/2011.

Ich nenne Ihnen diese Zahlen mit einem gewissen Stolz. Denn die Einrichtung der Plätze für die Unterdreijährigen, der Ausbau der Offenen Ganztagschule und das Ganztagsangebot in der Sekundarstufe I in nur etwas mehr als vier Jahren konnten nur mit einer großen organisatorischen und finanziellen Kraftanstrengung der Stadt Köln bewerkstelligt werden. Trotz dieser ersten Erfolgsbilanz weiß ich aber auch um das Problem, dass die explosionsartig gestiegene Nachfrage durch unser Ganztagsangebot insgesamt in keiner Weise gedeckt werden kann (...). Aus diesem Grunde begrüße ich das Engagement der Mütter und Väter, die sich – so wie in letzter Zeit häufiger geschehen – zu Wort melden und ihre Interessen öffentlich

machen. Sie stärken damit allen denen den Rücken, die in Gremien, Räten und Parlamenten für bildungs- und familienspezifische Anliegen eintreten.

Unser Ziel muss es sein, ein Bildungssystem zu schaffen, das die Wachstums- und Entwicklungsinteressen jedes einzelnen Kindes berücksichtigt. Denn nur so kann Chancengleichheit von Anfang an erzielt werden! Das Kölner Bündnis für Familien leistet einen wesentlichen Beitrag, dieses Ziel zu erreichen und unseren Kindern die bestmöglichen Startbedingungen in eine erfolgreiche Zukunft zu garantieren. Ich möchte daher sämtlichen Beteiligten für ihr Engagement und ihren Einsatz herzlich danken. Ich wünsche Ihnen für die heutige Veranstaltung zahlreiche konstruktive Gespräche sowie neue Ideen und Impulse für die Bildungsdebatte in Köln.

## Impulsreferate

### Elementarpädagogik vom Kinde aus – mit dem KiBiz?

Gerhard Stranz



Gerhard Stranz

Die Themenstellung und inhaltliche Ausrichtung der Tagung ist eine hervorragende Gelegenheit, die tatsächliche Bedarfslage von Kindern und ihren Familien zu betrachten. Die unmittelbaren Bedürfnisse von Kindern und damit deren Wohl sind Ausgangspunkte – so wie die Kinderrechtskonvention im Artikel 3 betont, dass „das Wohl des Kindes ein Gesichtspunkt (ist), der vorrangig zu berücksichtigen ist“.

Das Kindeswohl, so eine Entscheidung des Oberverwaltungsgerichts Münster vom 20.3.2000, ist jedoch bereits schon dann gefährdet, wenn eine Stagnation der Entwicklung droht. Diese Klarstellung hat das Gericht im Rahmen eines Urteils gegen die Stadt Gelsenkirchen getroffen, als diese aufgrund der – damals schon – schwierigen finanziellen Lage in einer kleinen altersgemischten Gruppe nicht drei, sondern nur zwei Mitarbeiterinnen einsetzen wollte. Das Gericht urteilte, dass dies nicht zulässig sei: Das Kindeswohl geht finanziellen Erwägungen vor! Dieses Urteil stärkt Kinder und gilt immer noch. Es macht deutlich, dass eine Bildungspolitik nach Kassenlage den Kindern nicht gerecht wird. Dies gilt zum Beispiel für die Förderung der Offenen Ganztagschule, jedoch auch für Familienzentren und die Sprachförderung in NRW.

Wenn das Kind mit seiner Lebenslage und seinen Bedürfnissen im Mittelpunkt stehen soll, müssen Lösungen ausgeschlossen werden, mit denen Erwachsene Vorstellungen zu dem entwickeln, was Kinder „können“ sollen. Keiner der heute lebenden Erwachsenen weiß, was Kinder zukünftig bewältigen müssen, was in zehn Jahren „dran“ ist. Daher ist vor allem eine Instruktionspädagogik völlig unpassend, die sich auf eingeschränkte Kompetenzbereiche ausrichtet und nicht

eine möglichst große Offenheit ermöglicht, damit Kinder als spätere Erwachsene die Welt, sich und die Mitmenschen verstehen und mit Vielfalt umgehen können.

Die Delphistudie der Jahre 1996 – 1998 (die den Begriff „Wissensgesellschaft“ geprägt hat) weist darauf hin, es komme nicht darauf an, dass wir viel Wissen haben müssen. Die Wissensgesellschaft verlangt vielmehr, dass wir Einordnungs- und Bewertungsmaßstäbe und vor allem eine Haltung entwickeln müssen, um mit dem Wissen überhaupt umgehen zu können.

Unübersehbar müssen für Kinder vielfältige grundlegende Angebote, sichere und verlässliche Lebensräume zur Verfügung stehen. Dies muss nicht für alle „ein Ganztags“ sein. Eine umfassende und gut zusammenwirkende Infrastruktur ist erforderlich. Zu Recht weist ein afrikanisches Sprichwort darauf, dass zur Erziehung eines Kindes ein ganzes Dorf erforderlich ist.

Unpassend wäre es, wenn, wie die Überschrift zur Tagung ausweist, ein Gegensatz zwischen „Aufbewahrung und Bildungsanspruch“ unterstellt würde. Eine solche Unterscheidung ist für Kinder irrelevant, die immer ganz leben und nicht unterscheiden, ob sie sich gerade in einer Zeit der Erziehung, Bildung oder Betreuung befinden. Solche Unterscheidungen denken sich Erwachsene aus, die Zeiträume unterschiedlich ausstatten und finanzieren wollen. Kinder bilden sich unter den Bedingungen, die ihnen zur Verfügung gestellt werden. Darin drücken sich die von Erwachsenen geschaffenen Erziehungsleistungen aus. Wenn die Bedingungen schlecht sind, brauchen wir uns daher nicht zu wundern, was die Kinder daraus für sich machen.

Natürlich müssen Kinder „aufbewahrt“ werden, zumal damit bei der Einrichtung der ersten Kindergärten die Aufgabe verbunden war, sie vor den Auswüchsen der industriellen Ausbeutung zu bewahren. Diese Aufgabenstellung gibt es immer noch: Kinder müssen vor Nützlichkeitsabwägungen und unter Umständen auch vor zu ehrgeizigen und ambitionierten Ansprüchen ihrer Eltern geschützt werden. In der öffentlichen Erziehung müssen jedoch auch Kinder begleitet werden, deren Eltern nicht die erforderlichen Anregungen zur Verfügung stellen oder stellen können.



Das Publikum lauscht gespannt den Worten des Referenten

Die Hirnforschung hat uns Erkenntnisse darüber vermittelt, wie das Gehirn lernt und wie wir zu einem „gebildeten“ Menschen werden, der nicht nur lebensütig ist (dies könnte auch ein Dieb sein) sondern zusätzlich noch „tugendhaft“ handelt, sich also sozial verhält. Lernen gelingt leichter, wenn wir dies wollen und wenn positive Erlebnisse damit im Zusammenhang stehen, wenn wir glücklich sind.

Unser Gehirn lernt immer und sucht nach Regeln. So haben wir die Grammatik nicht durch das Studium des Duden, sondern „eigentlich“ ganz individuell selbst erarbeitet. Dieses Wahrnehmen, Vergleichen, Einordnen, Aufnehmen erfolgt immer weiter, auch wenn es zu bestimmten Zeiten leichter erscheint. Absolute Zeitfenster gibt es nicht. Die Hirnforschung hat mit der Sackgassenaussage Schluss gemacht „Was Hänschen nicht lernt, lernt Hans nimmermehr“ und diese verwandelt in „Was Hänschen nicht lernt, lernt Hans hinterher.“

### **Kinder brauchen Wurzeln und Flügel**

Wesentlicher Aspekt für das Lernen des Kindes sind die Erwachsenen und andere Kinder. Bildung und die Entfaltung der individuellen Potenziale eines Kindes hin zu einem komplexen, vielfach vernetzten und lebenslangen Lernen hängen von dem Gefühl der Sicherheit und Geborgenheit ab. Beides gibt es nur in der intensiven

Beziehung zu anderen Menschen. Verlässliche emotionale Bindungen sind die wichtigste Voraussetzung für eine optimale Entwicklung. Störungen stellen, je früher sie auftreten, erhebliche Belastungen dar.

Kinder sind keine Computer, die mechanisch lernen. Beim kindlichen Lernen sind immer Emotionen mit verwoben. Deshalb brauchen Babys und Kleinkinder weniger kognitives Wissen, sondern jemanden, der sie liebevoll umsorgt, sie versteht, sie liebevoll anschaut, liebevoll trägt. Ist diese emotionale Zuwendung nicht vorhanden, fühlen sich Kinder unwohl. Das gilt im Lebensumfeld der Familie, aber auch in allen anderen Zusammenhängen.

Nach einem Bild von Sigrid Tschöpe-Scheffler gehören Grundbedürfnisse wie Nahrung, Schlaf, Bewegung, Nähe, Geborgenheit, Respekt zu den Wurzeln, während Eigenständigkeit, Ich-Entwicklung und Autonomie den Flügeln eines Menschen zugerechnet werden können. Diese Fähigkeiten werden vorwiegend in sozialen Beziehungen durch eigene Erfahrungen gelernt, nicht durch Informationswissen. Dazu bedarf es Erwachsener, die für das einzelne Kind Zeit und ein Verständnis für kindliche Entwicklung haben. Die von Janusz Korczak beschriebene Anforderung lautet „Erziehe dich selbst, bevor du Kinder zu erziehen trachtest“.

Erfüllt das Kinderbildungsgesetz mit seinem Anspruch, Kindern unabhängig von der sozialen Herkunft die bestmöglichen Bildungschancen zu geben und die Angebote am Bedarf der Eltern zu orientieren, überhaupt „Bedürfnisse“ von Kindern und ihren Eltern? Das KiBiz wäre eine den gesetzlichen Anforderungen angemessene Umsetzung, wenn jedes Kind individuell begleitet werden könnte – und wenn die Bereitstellung eines qualitativ entsprechend ausgestatteten Angebotes aus der Bedarfslage des Kindes und nicht vorrangig aus anderen Gründen wie etwa finanziellen Erwägungen erfolgen würde.

Erhebliche Unzulänglichkeit des Gesetzes wurden bereits vor dem In-Kraft-Treten aufgezeigt und mit einer wissenschaftlichen Untersuchung nach einem Jahr belegt. Dass die Kritik nicht verstummt, machen die täglichen Medienberichte deutlich. Das KiBiz wird in der Kritik bleiben, solange zentrale Fehler und Unzulänglichkeiten nicht abgestellt werden.

Die den Kindpauschalen zugrunde gelegten Personaldurchschnittskosten basieren auf Werten des Jahres 2005, die nicht den tatsächlichen Aufwendungen des Jahres 2010 entsprechen und insofern immer zu einer Unterdeckung führen müssen, wenn der Träger und die Mitarbeiterinnen nicht zu ihren Lasten einen Ausgleich übernehmen. Mit der Kindpauschalregelung können aufgrund des eingerechneten verschlechterten Kinder-Mitarbeiterinnen-Verhältnisses nicht die verlässlichen Beziehungen hergestellt und mit dem System nicht mehr Qualität erreicht werden. Dies belegen Erfahrungen aus anderen Ländern, in denen solche Systeme eingeführt und wieder abgeschafft wurden.

Die Finanzierungsregelung über Kindpauschalen sieht keine Berücksichtigung von abweichenden Tatbeständen vor, so dass auf individuell unterschiedliche Bedingungen nicht eingegangen und Kinder mit einem erhöhten Begleitungsbedarf nicht die erforderliche Aufmerksamkeit erhalten, weil der von ihnen mitgebrachte erhöhte Pauschalsatz zur Abdeckung der Gesamtkosten benötigt wird. Dies gilt zum Beispiel für die Aufnahme von Kindern unter drei Jahren.

Dass zur Entwicklung stabiler Grundlagen eines Kindes auch die Berücksichtigung seiner kulturellen Identität gehört, wird vor allem beim Spracherwerb deutlich. Die mit dem KiBiz jedoch ausschließlich auf die Förderung von Deutsch als Fremdsprache ausgerichtete Konzeption missachtet die Bedeutung der Muttersprache.

Die Unzulänglichkeiten des KiBiz sind bekannt. Wenn bei der Entwicklung von Kindern Beeinträchtigungen erkennbar werden, die das Kindeswohl in Frage stellen, muss jetzt gehandelt werden, alles andere wäre eine „unterlassene Hilfeleistung“. Eine am Bedarf der Kinder und ihrer Familien orientierte Bildungspolitik verlangt kurzfristige Verbesserungen, vor allem aber eine nachhaltige Förderung über Legislaturperioden hinaus in einem Bündnis für Bildung.

*Eine ausführliche Fassung dieses Beitrags erschien im Herbst 2010 in der Zeitschrift „Kita aktuell“.*

## Die Offene Ganztagschule im Primarbereich

Dr. Karin Kleinen

Die offene Ganztagschule im Primarbereich (OGS) ist ein von Schule und Jugendhilfe gemeinsam getragenes Bildungsangebot der Grund- und Förderschulen (hier für Schülerinnen und Schüler der Klassen 1 bis 6). Es wird derzeit (noch?) nicht von allen Kindern, die diese Schulen besuchen, wahrgenommen, sondern versteht sich als ein (relativ) freiwilliges Angebot für jene Kinder, die von ihren Eltern jeweils für mindestens ein Jahr, dann aber täglich für die Zeit von 8.00 bis in der Regel 16.00 Uhr angemeldet werden.

Mit dem Ausbau der OGS ist eine familien- und eine bildungspolitische Zielsetzung verbunden, die beide eng mit dem demographischen Wandel und veränderten Lebensbedingungen verknüpft sind. In familienpolitischer Perspektive geht es um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf und um die Stärkung und Entlastung von Eltern. Die bildungspolitische Perspektive unterstreicht die Bedeutung und den Eigenwert der Ganztagsangebote für die Entwicklungs- und Bildungsprozesse von Kindern.



Dr. Karin Kleinen

„Was brauchen unsere Kinder?“ – Im Folgenden sollen zu dieser Frage Thesen formuliert werden, die sich auf die unterschiedlichen Ebenen der an der Ausgestaltung der OGS Beteiligten beziehen und hier Entwicklungserfordernisse aufzeigen. In diesem Sinne wird zunächst die Praxis vor Ort in den Blick genommen, angefangen bei den Kindern selbst, über ihre Eltern, hin zu den pädagogischen Professionen, die in der OGS mit ihnen und miteinander arbeiten. Dann werden die Steuerungsebene der Kommunen und schließlich das Land als der Ebene der gesetzlichen Regelung und Rahmenkompetenz für die OGS ins Blickfeld gerückt. Formuliert werden realistische Utopien – keine Luftschlösser! Die hier beschriebenen Aspekte gelingender offener Ganztagschulen sind vielmehr in der Praxis real aufzufinden, wenn nicht so zugleich an einem Ort, so doch in

einzelnen Bausteinen. Schritt für Schritt zusammengefügt helfen sie, eine neue Lernkultur an den offenen Ganztagschulen zu entwickeln. Dabei fängt niemand bei Null an! Was bislang in den sieben Jahren des Aufbaus der OGS geleistet wurde, ist vielfach besser als sein Ruf. Dringend geboten ist nun aber eine nachhaltige Absicherung in finanzieller wie personeller Hinsicht und zur qualitativen Weiterentwicklung deren professionelle Begleitung!

### **Mädchen und Jungen sind die Gestalter ihrer je eigenen Bildungsprozesse**

Man kann Kinder nicht bilden – sich bilden können sie nur selbst. Bildung ist – wie Lernen im Übrigen auch – ein selbsttätiger, eigensinniger Prozess. Aber er geschieht nicht im luftleeren Raum, sondern stets in Wechselwirkungen mit Anderen. Kinder lernen mit und an anderen Kindern, Eltern und Erziehern. Sie bilden sich, indem sie sich aktiv mit der Welt in ihren verschiedenen Dimensionen, mit ihren disparaten An- und Herausforderungen auseinandersetzen, Erfahrungen machen und neugierig, wie sie nun mal sind, ihre (zunehmend weiter gesteckte) Umwelt erkunden. Sie suchen Antworten auf ihre Fragen, ringen gemeinsam mit anderen Kindern und Erwachsenen um Lösungen, tragen Meinungsverschiedenheiten aus.

Die offene Ganztagschule ist dazu ein idealer Ort. Sie bietet den Mädchen und Jungen Freiräume, Zeit, Anregung und Unterstützung. Hier lernen sie sich wechselseitig als Lernpartner schätzen. Die methodisch-didaktische und räumliche Gestaltung fördert ihren Forschungsdrang und ihre Zusammenarbeit. Sie lernen, an Aufgaben heranzugehen, Lösungswege zu suchen, ihre Arbeitsschritte zu planen und zu gestalten, ihre Arbeitsergebnisse zu kontrollieren und einzuschätzen. Sie haben genügend Zeit und Raum, um miteinander zu spielen, zu lernen und zu arbeiten. Sie können ihre Sitzplätze und Lernpartner/innen frei wählen, ihre Meinung offen äußern und in ihren eigenen Angelegenheiten mitbestimmen. Sie können sich zurückziehen, ausruhen, wenn sie müde sind, sich bewegen, wenn ihre Konzentration nachlässt oder sie mal „Luft ablassen“ müssen. Die Erwachsenen trauen den Kindern was zu, verlangen ihnen auch was ab, ohne sie jedoch zu

überfordern. Sie sehen die jeweiligen Stärken der einzelnen Mädchen und Jungen, gehen behutsam mit deren Schwächen um, beobachten ihre Lernfortschritte und sprechen mit ihnen darüber.

### **Mütter und Väter sind und bleiben über eine lange Zeit die wichtigsten Bezugs- und Vertrauenspersonen ihrer Kinder – und kennen sie recht gut**

Die primäre Lebenswelt von Kindern und Jugendlichen ist – und bleibt über lange Zeit – die Familie. Ihr kommt „mit Blick auf die Bildung, Betreuung und Erziehung der Kinder eine ebenso zentrale wie lebensbegleitende Schlüsselfunktion zu“ (12. Kinder- und Jugendbericht 2005, S. 46). Das ändert sich auch nicht mit der Einrichtung von (offenen) Ganztagschulen. Diese können jedoch viel dazu beitragen, dass Mütter und Väter zufrieden und selbstbewusst ihre Lebensentwürfe leben und darin ihre zunehmend schwerer werdende Erziehungsverantwortung erfolgreich meistern. Denn die Anforderungen und Erwartungen an Familie sind gestiegen und zugleich unübersichtlich; die Arbeitswelt ist kinder- und familienfeindlich strukturiert. In der Wissensgesellschaft wachsen auch die Anforderungen im schulischen Bereich. Eltern, seit jeher als Hilfslehrer tätig und/oder für Nachhilfe zuständig (wenn sie sie denn bezahlen können), fühlen sich diesen Anforderungen nicht gewachsen. Sie brauchen verlässliche Ganztagsangebote für ihre Kinder und darüber hinaus Unterstützung in ihrer Erziehungsarbeit, zumal vielerorts soziale Netzwerke fehlen.

Die offene Ganztagschule leistet hier wertvolle Unterstützung. Lehr- und pädagogische Fachkräfte in der OGS sind stolz darauf, dass Eltern ihnen ihre Kinder anvertrauen und danken es ihnen durch gute pädagogische Arbeit, durch Transparenz, Information und Beratung, durch Möglichkeiten der Mitsprache und Mitgestaltung. Eltern nehmen die ihnen angebotene Erziehungs- und Bildungspartnerschaft der OGS gerne an. Sie schätzen sich auch gegenseitig als Erziehungs- und Bildungspartner. Sie prüfen, inwiefern sie die ihnen dargestellten Wege zur Förderung ihrer Kinder umsetzen und wie sie ihrerseits die OGS auf ihrem Weg zu einem vielseitigen Lern- und Bildungsort unterstützen können. So

respektieren sie z.B. die Absprachen der Kinder untereinander als ernstzunehmende Verpflichtung und unterstützen sie in ihren Ablöseprozessen.

### **Lehrerinnen und Lehrer sind Lernbegleiterinnen/Lernbegleiter der Kinder und Erziehungs- und Bildungspartnerinnen/Bildungspartner der Eltern**

Lehrerinnen und Lehrer zeigen ihren Schülerinnen und Schülern wie sie Schritt für Schritt, in ihrem je eigenen Lerntempo ihr Können und Wissen erweitern können. Sie entwickeln mit ihnen dazu je individuelle Arbeitspläne mit Aufgaben, die das Interesse der Kinder wecken und/oder daran anknüpfen. Über vielfältige Formen offener Unterrichtsarbeit (Wochenplan, Lernwerkstätten, Projektwochen) helfen sie den Kindern zunehmend selbst die Verantwortung für ihre eigenen Lernprozesse zu übernehmen, ihre Fortschritte zu überprüfen und sich dabei gegenseitig zu unterstützen. Es gibt dabei eine enge konzeptionelle Verzahnung mit den sozial-, freizeit- und erlebnispädagogischen Angeboten der Kooperationspartner, die Teil des Schulprogramms der OGS sind.

Das Lehrerkollegium informiert alle Eltern – in deren Herkunftssprachen – über Strukturen und Praktiken der Schule und lädt sie ein, sich über Hospitationen oder Eltern-Kind-Tage selbst ein Bild vom Schulalltag und den Lernprozessen ihrer Kinder zu machen. Eltern haben die Möglichkeit, auf Entscheidungen in der Schule Einfluss zu nehmen. Sie können bei verschiedenen Anlässen Sorgen in Bezug auf ihre Kinder und deren Fortschritte besprechen und erhalten Vorschläge, wie sie das Lernen ihrer Kinder zu Hause unterstützen können („Hausaufgaben“ sind davon allerdings ausgenommen).

### **Die Jugendhilfe und andere Bildungspartner in der OGS eröffnen den Mädchen und Jungen neue Bildungserlebnisse**

Der Topos „Mehr Zeit für Bildung“, unter dem die OGS angetreten ist, zielt auf den verantwortungsvollen Umgang mit der kostbaren Zeit der Kinder und meint

damit keinesfalls eine bloße Verlängerung von Unterricht auf den Nachmittag. In diesem Sinne eröffnen die Erzieherinnen und pädagogischen Mitarbeiter den Kindern neue Lern- und Erfahrungsfelder. Sie knüpfen dabei an den Fähigkeiten und Interessen der Mädchen und Jungen an, legen großen Wert auf Individualität, Freiwilligkeit, Selbsttätigkeit und Partizipation und gestalten mit ihnen vielfältige Möglichkeiten unmittelbarer Erfahrung. Die unverplante, selbsttätig von den Kindern zu gestaltende Zeit hat bei ihnen einen hohen Stellenwert. Darum verwahren sie sich sowohl gegen ein Zuviel an Kursen („AG-Hopping“) als auch gegen eine „Hausaufgabenpraxis“, die sämtliche Zeit der Kinder im Ganztage in Beschlag nimmt, in Aufgabenstellung und Zielsetzung undurchsichtig bleibt und allen das Gleiche abverlangt.

Die pädagogischen Fachkräfte sehen sich als Bildungspartner/innen von Schule auf gleicher Augenhöhe und werden seitens der Schule auch so wahr- und ernst genommen. Sie haben mehrheitlich unbefristete Arbeitsverträge, werden tariflich entlohnt und haben ausreichend Zeit und Raum für die Vor- und Nachbereitung ihrer Arbeit, für Austausch, kollegiale Beratung, Fortbildung und Konzeptentwicklung im Team mit ihren Kolleginnen und Kollegen der Schule.

**Land und Kommunen schaffen die Rahmenbedingungen, die die Qualitätsarbeit der offenen Ganztage Schule sichern und auf Dauer stellen.**

**Dabei übernimmt die Kommune als zentraler Lebensort der Kinder und ihrer Familien die systematische zielführende Steuerung**

Die Kommune übernimmt Verantwortung für die Qualitätsentwicklung ihrer offenen Ganztage Schulen und unterstützt deren Qualitätsarbeit, z.B. über Fachberatung, die Einrichtung eines Qualitätszirkels, gemeinsame Fortbildungen. Sie entwickelt ein Rahmenkonzept und schreibt darin Qualitätsstandards fest. Dazu gehören z.B. ausreichend fachlich qualifiziertes, multiprofessionelles und angemessen bezahltes Personal – allein um personeller Fluktuation vorzubeugen und Planungssicherheit zu gewähren – anregungsreiche, gestaltungsoffene, ansprechend viele und große Räume, infrastrukturelle Vernetzung mit Bildungsange-

boten und sozialen Diensten im Gemeinwesen u.a.m. Der Erlass zur OGS eröffnet den Kommunen dabei erhebliche Gestaltungsmöglichkeiten, den diese konstruktiv nutzen. Die verschiedenen Ämter (Schulverwaltung, Jugend-, Sozial-, Gesundheitsamt) arbeiten dazu auf der Basis eines inklusiven Bildungsgesamtkonzepts mit den freien Trägern zusammen.

### **Das Land hat die Rahmenkompetenz inne und schreibt landesweite Qualitätsstandards fest**

Der Auf- und Ausbau der offenen Ganztagschule im Primarbereich in Nordrhein-Westfalen war sehr erfolgreich. Inzwischen haben nahezu alle Grundschulen den offenen Ganztags eingeführt; die Förderschulen hinken noch etwas hinterher. Das Land hat dabei den Kommunen große Handlungsspielräume gewährt und über den Fördererlass zur OGS eine deutliche Verlagerung der Verantwortung für Schulentwicklung auf die kommunale Ebene eingeleitet. Multiprofessionell zusammengesetzte Qualitätszirkel vor Ort, die von der „Serviceagentur Ganztägig lernen in NRW“ im Auftrag des Schul- und des Jugendministeriums initiiert und gefördert werden, begleiten diese Prozesse. Im Rahmen ihrer regionalen Zusammenschlüsse auf Regierungsbezirksebene tauschen sie sich über die bisherigen Entwicklungen und die Umsetzung der OGS-Erlasse aus, die von Kommune zu Kommune mitunter höchst unterschiedlich ist und weisen auf Entwicklungsbedarfe hin (vgl. hierzu die Positionspapiere der regionalen Qualitätszirkel Düsseldorf und Köln 2009 und 2010, [www.lvr.de](http://www.lvr.de)).

Das Land greift diese Empfehlungen aus der pädagogischen Praxis und der Praxis der kommunalen Steuerung auf und zieht zudem die Ergebnisse der von ihm beauftragten Vertiefungsstudien der wissenschaftlichen Begleitung der offenen Ganztagschule heran, um seine begonnene Qualitätsinitiative konsequent und nachhaltig fortzuführen. Das betrifft zum einen die Stärkung der kommunalen Verantwortung für den Aufbau inklusiver Bildungsnetzwerke, in denen die OGS ein integraler Baustein ist, die u.a. durch einen Transfer finanzieller Ressourcen vom Land auf die Kommunen und eine Erhöhung der Festbetragsfinanzierung der

OGS-Plätze durch das Land begleitet und unterstützt wird. Zum anderen beendet das Land im siebten Jahr der OGS deren Pilotphase; es stellt die OGS nun vielmehr auf eine gesetzliche Grundlage und formuliert darin landweit geltende Qualitätsstandards. Die Umsetzung wird fachlich begleitet und evaluiert. Gemeinsame Fortbildungen für Lehr- und pädagogische Fachkräfte sind Teil einer demokratischen Kultur des Lernens und der verantwortlichen Teilhabe, die sich bis in den hintersten Winkel des Landes ausbreitet – wahrlich eine Investition in die Zukunft, die den Einsatz lohnt!

## Entwicklungsräume und Beteiligungsmöglichkeiten für Heranwachsende in der Sekundarstufe I

Rainer Kascha

### 1. Die Mädchen und Jungen

Die Kinder werden älter und die Ganztagsysteme der weiterführenden Schulen entwickeln sich zu gebundenen Systemen. Sie sind nicht offen, wie in der Offenen Ganztagsgrundschule. Das bedeutet, dass sich der gesetzlich verpflichtende Schulbesuch für Mädchen und Jungen auf deren Nachmittag ausdehnt, über den Vormittag und das Mittagessen hinaus. Die Stadt Köln ist übrigens „Landesmeister“ im Ganztagsausbau. Mit 25 Schulen im Rahmen der sogenannten Ganztagsoffensive hat Köln fast doppelt so viele Ganztagschulen bei Gymnasien und Realschulen aufzuweisen wie der zweitplatzierte Rhein-Sieg-Kreis.



Rainer Kascha

Betreuung wird von Heranwachsenden jedoch nicht mehr so gerne angenommen. Deutlich entziehen sich „die Kinder“ der Kontrolle: „Ich bin doch jetzt schon größer geworden“, „Mama/Papa, brauchst auch nicht mehr so aufzupassen...“ und „Ich mach das Handy auch nicht mehr an...“. Betreuung ist also vielleicht auch nicht mehr so notwendig. Der Drang nach Verantwortungsübernahme, der Eigensinn und ihre zunehmende Selbstständigkeit erfordern stärkere Aushandlungsprozesse im Zusammensein, sowohl in der Schule als auch im Elternhaus, sowohl in Peer-groups als auch an den Orten, wo Jugend sich trifft.

Für viele Mädchen und Jungen verstärkt sich durch den Ganzttag auch verlässlich das „Geländer für ein gelingendes Aufwachsen“. Das wiederum ermöglicht den Eltern – und hier immer noch vor allem den Müttern – einer geregelten Erwerbsarbeit nachzukommen. Damit sich jedoch für die Heranwachsenden dieses „Geländer“ nicht zu einem „Zwangskorsett“ entwickelt, müssen die Kinder, die bald

Jugendliche sein werden, Beteiligungsmöglichkeiten erhalten und ihre Mitgestaltung des Schullebens als Teil von Demokratieerziehung erfahren. Ob angesichts von Identitätssuche, Grenzerfahrungen, Peer-group-Bildung, also dem ganzen Fächer der Pubertät, ein gängiger Unterricht aufrechtzuerhalten ist, wird auch von führenden Vertretern der Schulpädagogik in Frage gestellt. Im Kontrast zur schulischen Realität werden Visionen entworfen, die an vielen Stellen an die Praxis der Kinder- und Jugendarbeit erinnert.

Die Schülerinnen und Schüler brauchen einen Mix von kognitivem Lernen im Unterricht, Bewegung, Anreize zur Selbstgestaltung und freie Gestaltungszeit. Die zentralen Kategorien der Bildung (und eben nicht des Lernens) sind nach Hans Uwe Otto Autonomiegewinn und Selbstentfaltungsmöglichkeiten. Eine solch jugendgemäße Schule ist nicht zum Preis der pädagogischen Übermittagsbetreuung zu haben. Hier liegt die finanzielle Förderung einer Schule von 501 – 700 Schülern bei 25.000 Euro im Jahr. Auch zwischen einer intensiven Hausaufgabenhilfe mit dem Betreuungsschlüssel 1:10 und einer Hausaufgabenbetreuung mit dem Betreuungsschlüssel 1:25 gibt es einen nicht zu unterschätzenden qualitativen Unterschied.

Bei der Ausgestaltung des Ganztags ist von daher auf das Zusammenwirken von Land und Kommune zu achten. Qualität hat ihren Preis. Was kann mit den bisherigen Vorgaben des Landes vor Ort überhaupt gemacht werden? Und was nicht? Ist das Konnexitätsprinzip bisher in Gänze ausbuchstabiert, auch wenn die Schul- und Bildungspauschale an die Kommunen von 460 Millionen Euro auf 600 Millionen Euro in 2010 erhöht wurde? Das scheint gewaltig, aber wenn es auf die einzelnen Kommunen in NRW runtergebrochen wird, was ist dafür dann wirklich zu machen?

## 2. Die Eltern

Zum Standard einer Ganztagschule gehört u.a. die ausgewogene Ernährung der Schülerinnen und Schüler. Die Heranziehung der Elternhäuser zu den Kosten führt vereinzelt zu Konflikten, die nicht zu Lasten des Kindes gehen dürften. Ein

Schulgeld durch die Hintertür muss aber auf jeden Fall vermieden werden. Das Programm „Kein Kind ohne Mahlzeit!“ bedarf der Weiterentwicklung zu einer beitragsfreien Mahlzeit. In einem gebundenen System müssen die Kinder auch essen und trinken können – unabhängig vom Geldbeutel. Und der bürokratische Aufwand beim Einziehen der Mittel, unter dem u. a. Jugendhilfeträger, auf die das Risiko oft abgewälzt ist, leiden, würde entfallen.

Die soziale Situation der Kinder muss im Blick eines Ganztagssystems sein. Dazu gehört eine engagierte, weil zugehende und sensible Elternarbeit, in der regelmäßige Kontaktangebote bis hin zum Hausbesuch zum schulischen Selbstverständnis gehören. Wie soll die Sekundarstufe den Kontakt mit den Eltern dauerhaft pflegen?

Die Millionen-Euro schwere Existenz eines kommerziellen Nachhilmemarktes ist ein bildungspolitischer Skandal, den auch überfordernde und allzu ehrgeizige Eltern mitverursachen. Es wird sich zeigen: Buchen Eltern zukünftig weniger Nachhilfeangebote, da der Ganztag ausreichende Möglichkeiten der individuellen Förderung bereits jetzt schon bietet?

Auch der Schutz von Kindern und Jugendlichen rückt auf der Tagungsordnung der Bildungsinstitutionen höher. Eindeutige Zuständigkeiten in dem kooperativen System und klare Verfahren vermitteln den Elternhäuser das notwendige Vertrauen in den Ganztag. Auf der anderen Seite unterstützt eine deutliche Verständigung über die Erziehung die Stabilität und Orientierung der elterlichen Fürsorge. Im besten Fall bedingt sich wechselseitig so eine Qualitätszunahme der Erziehung.

Die elterliche Fürsorge bahnt sich ihren Weg nur allzu oft zwischen Überversorgung und Ängsten einerseits sowie der Vernachlässigung des Kindes sowie eigener Überforderungsgefühle andererseits. Es scheint, als sei Erziehung in der Moderne paradoxer geworden. Die Beziehungen zwischen dem Bildungsbereich und dem jeweiligen Elternhaus sind äußerst komplex. Diese Aufgaben erfordern deshalb qualifiziertes Personal, wie z.B. SozialpädagogInnen, das ca. 50.000 Euro im Jahr kostet.

Dies alles verfolgt ein einziges Ziel: Die hohe Zahl der Bildungsverlierer zu reduzieren und damit zu verhindern, dass die soziale Herkunft weiterhin so massiv über den Schulerfolg entscheidet, wie sie das bisher in Deutschland macht.

### 3. Die Vernetzung zwischen Schule und Bildungspartner

Gegenwärtig wird intensiv über die Schulen und die kommunalen Aufgaben gesprochen. Dabei entsteht der Eindruck, dass die Bildungsorte, die es neben den Schulen gibt, systematisch nicht erwähnt werden. Wichtig ist jedoch, nicht nur über Schule, sondern auch über die anderen Bildungsorte zu reden. Dazu gehört die Kindertagesstätte genauso wie die Musikschule, die Offene Kinder- und Jugendarbeit und viele, viele andere Bildungsorte mehr.

Wenn wir uns für eine Ganztagsbildung (und nicht für eine Ganztagsbeschulung) aussprechen, dann bedarf es eines Netzwerkes von verschiedenen Lernorten in einer Kommune, in einem Stadtbezirk. Dafür ist es notwendig, die non-formalen und formalen Bildungseinrichtungen zu vernetzen. Die bestehenden Bildungnetzwerke sind zu schullastig. Wenn wir aus guten Gründen keine Lehrerschule wollen, bedarf es der gemeinsamen Anstrengung von Land und Kommune, diese verschiedenen Lernorte zu erhalten, auszubauen und zu vernetzen. Die „Leverkusener Erklärung“ aus dem Jahre 2009, die die Mahnung der Enquetekommission des Landtags „Chancen für Kinder“ aufgreift und für mehr Personal in der Kinder- und Jugendarbeit eintritt, ist ein deutlicher Hinweis.

Schule folgt bisher der Logik einer Landesveranstaltung, wohingegen die Jugendhilfe, die Kultur und der Sport den verschiedenen, auseinanderdriftenden, kommunalen Logiken unterworfen sind. Nach einer aktuellen internen Umfrage der Freien Wohlfahrtspflege NRW wird am Beispiel der OGS-Finanzierung die Spanne im Land deutlich: Am unteren Ende liegen 1.230 Euro pro Kind und Jahr, am oberen Ende können 2.733 Euro und damit mehr als das Doppelte registriert werden. Von daher bedarf es einer starken Steuerung durch das Land, um neben der Bildungsbenachteiligung durch die Herkunft die drohende zusätzliche Benachteiligung durch den Wohnort auszugleichen.

„Bildung ist mehr als Schule!“ Das ist die Botschaft der „Leipziger Thesen“ von 2002.

Auch der 9. Kinder- und Jugendbericht der Landesregierung NRW (S. 146) widmet sich den Bildungsleistungen der Kinder- und Jugendhilfe und skizziert vor allem die kompensatorische Wirkung der außerschulischen Bildungsarbeit. Das System der dualen Förderung und Anerkennung durch Jugendarbeit und Schule ist für viele Mädchen und Jungen, für zugewanderte wie einheimische, von großem Wert und erhöht ihre Bildungschancen.

Wie soll die Jugendhilfe im Ganztage des Sekundarbereichs eingebunden und vernetzt werden? Als „Dienstleister“, der die pädagogische Übermittagsbetreuung und die Hausaufgabenbetreuung managt? Das Kapitel „Pädagogische Zeitarbeitsfirma“ ist zu recht schnell zu den Akten gelegt worden, wie in der Broschüre „Denkanstöße 5“ des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes dokumentiert. Als Bildungspartner, mit dem gemeinsam die Konzeptentwicklung, die Nutzung des Bildungsortes Jugendarbeit, die pädagogischen Maßnahmen jenseits von Unterricht abgestimmt wird?

Die Fragen werden uns weiter beschäftigen.

## Arbeitskreise zu den Impulsreferaten

Aus Platzgründen kann die Diskussion in den Arbeitskreisen nur in Kurzform wiedergegeben werden. Im Folgenden dokumentiert sind die zentralen Forderungen, auf die sich die Gruppen einigten. Während der anschließenden Podiumsdiskussion wurden diese an die Wand projiziert und so für das Publikum visualisiert.

### Arbeitskreis 1

#### Vorschulalter – Kinderbildungsgesetz in NRW

Moderation: Svenja Rabenstein, Landschaftsverband Rheinland und Sabine Kobusch, Kindertagesstätte der Uni-Kliniken Köln  
Experte: Gerhard Stranz

#### Forderungen an die Politik

- Qualitätsverbesserung in den Einrichtungen:  
besserer Personalschlüssel und kleinere Gruppen; Freistellung der Leitung für die Verwaltungsarbeit
- Qualität der Ausbildung: Aufwertung des Elementarbereichs und des Erzieherberufs; mehr Männer in den Kindertagesstätten
- Integration und individuelle, bedürfnisorientierte Förderung in jeder Kita ermöglichen



Arbeitskreis 1

## Arbeitskreis 2

### Offene Ganztagschule im Primarbereich

Moderation: Cornelia Spachtholz, Verband berufstätiger Mütter

Expertin: Dr. Karin Kleinen

#### Forderungen an die Politik

- Gesicherte Finanzierung von Personal, Ausstattung, Fördermitteln und Sachkosten
- Landeszuschuss an OGS jährlich anpassen (Tarifsteigerung/Preisindex)
- Integration von Lehrern ins System durch Schaffung von Voraussetzungen für erfolgreiche Zusammenarbeit von LehrerInnen und ErzieherInnen, etwa durch bezahlte Präsenzstunden



Arbeitskreis 2

## Arbeitskreis 3

### Entwicklungsräume und Beteiligungsmöglichkeiten in der Sekundarstufe I

Moderation: Anja Hampel, Der Paritätische Nordrhein-Westfalen

Experte: Rainer Kascha

#### Forderungen an die Politik

- Institutionalisierte Beteiligung von Schülern und Eltern auf Augenhöhe (Wiederherstellung der Drittelparität in der Schulkonferenz)
- Forderung nach Teilumwandlung im Ganzttag, damit Schüler und Eltern Wahlmöglichkeiten haben
- Rücknahme der G8-Regelung



Arbeitskreis 3

## Podiumsdiskussion

mit

- Dr. Rolf Albach (FDP)
- Andrea Asch (Bündnis 90/Die Grünen)
- Ingrid Hack (SPD)
- Dr. Carolin Butterwegge (Die Linke)
- Andrea Verpoorten (CDU) sagte wegen Erkrankung kurzfristig ab.

Moderator **Helmut Frangenberg** konfrontierte die vier anwesenden Landtagskandidatinnen und -kandidaten mit den Forderungen, die die Arbeitskreise in ihrer Diskussion entwickelt hatten.



Svenja Rabenstein

**Svenja Rabenstein**, Moderatorin im **Arbeitskreis 1**, berichtete, man sei sich einig gewesen, dass „die Qualität in den Einrichtungen verbessert werden muss“. Man brauche mehr Personal, um Ausfallzeiten, Fehlzeiten und Fortbildungszeiten von Erzieherinnen auszugleichen. Eine zweite Forderung war die „grundsätzliche Freistellung der Leitung“ und eine Reduzierung der Gruppengrößen. Mit Blick auf den Fachkräftemangel müsse der Elementarbereich aufgewertet und der Erzieherberuf attraktiver gemacht werden. Nur so sei es realistisch, „mehr Männer in

die Einrichtungen zu bekommen“. Außerdem verlangte die Gruppe eine stärkere Integration von Kindern mit besonderem Förderbedarf und Rahmenbedingungen, „die eine individuelle bedürfnisorientierte Förderung für alle Kinder ermöglichen“.

**Ingrid Hack** strebt für die SPD an, „die Kindpauschalen deutlich zu erhöhen, um damit beispielsweise kleinere Gruppen zu ermöglichen und den Personalschlüssel zu verbessern“. Die Enquetekommission des Landtags, in der alle Fraktionen vertreten waren, habe sich dies im Abschlussbericht für die laufende Legislaturperi-

ode vorgenommen. „Wir möchten eine Aufwertung des Berufes, wir möchten auch eine Verbesserung der Ausbildung für Erzieherinnen und Erzieher“, betonte Hack: „Ob man das nun Akademisierung nennt, sei dahingestellt.“

Auf jeden Fall bedürfe es einer „besseren theoretischen Fundierung“ angesichts der „dramatisch gewachsen Erkenntnisse in der frühpädagogischen Forschung“. Hack will „keine Neiddebatte entfachen“, kriegte aber „wirklich graue Haare“, wenn sie immer wieder das Argument hört, „dass es doch viel, viel schwieriger ist, junge Erwachsene zum Abitur zu führen, als unter dreijährigen die Windeln zu wechseln“.



Ingrid Hack

**Rolf Albach** (FDP) unterstützt den „Bewusstseinswandel der letzten Jahre von einem Kindergarten, der liebevoll Kinder betreut, zu einem Kindergarten, der Teil des Erziehungssystems geworden ist“. In Frankreich, wo Albach zeitweise gelebt hat, spreche man nicht zufällig von „ecole maternelle“, dort würden die Einrichtungen für Kinder unter sechs Jahren als Schule bezeichnet. Er stellte zu den Forderungen aus dem Arbeitskreis eine kritische Nachfrage: „Wenn wir jetzt den Kindergarten aufwerten, heißt das eigentlich, dass dann Menschen, die heute Kindergärtnerin sind, nicht mehr Kindergärtnerin sein können, weil sie dieses Bildungsniveau nicht mehr erreichen können, weil ihnen irgendwelche Qualifikationen fehlen?“ Er habe sich lange im Rettungsdienst engagiert, und dort gab es „die gleiche Diskussion“: Sanitäter durften sich „nicht mehr auf die Wagen setzen, weil das Ausbildungsniveau so gestiegen ist“. Man müsse darauf achten, „dass wir durch eine Akademisierung nicht Menschen aus diesem Beruf rausdrängen, die aus irgendwelchen Gründen diese Akademisierung nicht mitmachen können“. Es könne „nicht sein, dass wir Menschen einfach wegen formaler Dinge nicht mehr ihren Job machen lassen“.



Dr. Rolf Albach

Die grüne Landtagsabgeordnete **Andrea Asch** bezeichnete das KiBiz als „ein pervertiertes System, wo von dem Wahlverhalten der Eltern abhängt, wie gut ein Kindergarten personell ausgestattet ist“. Das derzeitige Finanzierungssystem sei „vollkommen absurd, ein Irrweg, wo wir deutlich umsteuern müssen“. Das „große Wort Kinderbildungsgesetz“ transportiere die fatale Botschaft, dass „jetzt endlich Bildung in der Kita stattfindet“. Das aber sei eine „Missachtung“ der bisherigen Arbeit in den Einrichtungen, nach dem Motto: „Wir, CDU und FDP, haben dafür gesorgt, dass die im Kindergarten auch mal was lernen, dass die nicht nur spielen und bespielt werden“. Die Qualität des Angebotes „steht und fällt damit, dass wir das Erzieherinnen-Kind-Verhältnis und den Personalschlüssel verbessern“. Das KiBiz habe „genau das Gegenteil gemacht, es hat den Personalschlüssel gesenkt“.

**Carolin Butterwegge** (Die Linke) kritisierte, der Elementarbereich erfahre „zu wenig Wertschätzung“. Sie verlangte „insgesamt mehr Geld für die Bildung“. Die Ausgaben in Deutschland betragen ihr zufolge nur 4,5 Prozent des Bruttoinlandsproduktes, in anderen Ländern seien es 7 Prozent. In die frühkindliche Bildung müsse mehr investiert werden, „im Korsett des KiBiz ginge das über eine Erhöhung der Kindpauschalen“. Butterwegge sprach sich dafür aus, „gemeinsam mit Erziehern und mit Eltern ein neues Gesetz zur Kindertagesbetreuung in NRW zu entwickeln, das sind wir den Kindern schuldig“.

Aus dem **Arbeitskreis 2** berichtete Moderatorin **Cornelia Spachtholz**. In der Offenen Ganztagschule (OGS) im Primarbereich fehlten verbindliche Standards. Die wichtigste Forderung der Gruppe an das Land sei daher eine gesicherte Finanzierung des Personals, der Ausstattung, der Fördermittel und der Sachkosten. Der Landeszuschuss an die OGS müsse jährlich angepasst werden und Tarif- und Preissteigerungen berücksichtigen. Ein Manko in der derzeitigen Praxis, so die Diskussion im Arbeitskreis, sei die fehlende Integration der Lehrerinnen und Lehrer in das System. Eine Voraussetzung für eine erfolgreiche Zusammenarbeit von Lehr- und Erziehungspersonal seien vor allem bezahlte Präsenzstunden.



Cornelia Spachtholz



Dr. Carolin Butterwegge

**Carolin Butterwegge** betonte, es sei „Aufgabe des Landes, eine verlässliche Finanzierung zu schaffen, die auch einen höheren Personalschlüssel ermöglicht“. Im Bereich der demnächst zu schließenden Horte sei wichtig, dass „qualifiziertes Personal an die Ganztagsgrundschulen überführt wird“. Die Stellen müssten vor allem vernünftig bezahlt werden, bisher gelte nur für rund 17 Prozent der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ein Tarifvertrag: „Man muss den dort Beschäftigten verlässliche Bedingungen bieten.“

**Andrea Asch** kritisierte, die Finanzierung der OGS sei seit ihrer Einführung nicht verändert worden: „Da ist kein Cent mehr reingekommen als vor sieben Jahren, als wir Rot-Grüne gegen erhebliche Widerstände der damaligen Oppositionsparteien diese Offene Ganztagschule aufgebaut haben.“ Positiv wertete die grüne Politikerin, dass es mittlerweile einen parteiübergreifenden Konsens über die Notwendigkeit von Ganztagsangeboten gebe: „Vor fünf Jahren haben wir noch Vorwürfe bekommen, wir würden die Kinder vernachlässigen und alle Horterzieher in die Arbeitslosigkeit stürzen.“ Diese Kontroverse habe man glücklicherweise überwunden, „aber die Defizite sind da und das wichtigste Defizit ist die deutliche Unterfinanzierung“. Unbefriedigend funktioniere bisher auch die Kooperation zwischen Jugendhilfe und Schule, die nur in ganz wenigen Schulen „auf Augenhöhe miteinander agieren“.

**Ingrid Hack** warnte vor einer „Bildung nach Kassenlage“. Je nach finanzieller Situation investierten die Kommunen sehr unterschiedliche Summen. Für den Regierungsbezirk Düsseldorf habe eine Untersuchung Unterschiede bei der Höhe der Zuschüsse für eine Gruppe zwischen 37.000 und 68.500 Euro festgestellt. „Kinder können aber bekanntlich nichts dafür, wo sie zur Schule gehen.“ Die Sozialdemokratin bezeichnete die Situation der Beschäftigten im Bereich der OGS als „prekär: Das sind ungesicherte, meistens befristete Arbeitsverhältnisse, von denen man nicht leben kann.“ Das Land habe Mindeststandards für den Offenen Ganztag erlassen, und die Stadt Köln habe diese Mindeststandards noch mal aufgestockt und gebe zusätzliche Mittel hinein. „Das Problem ist aber, dass

gerade für Kommunen, denen jetzt eine Haushaltssicherung droht, diese freiwilligen Zusatzleistungen genehmigt werden müssen.“ Das Land sei gefordert dafür zu sorgen, dass „ein hoher Qualitätsstandard für den Offenen Ganzttag eben keine freiwillige, sondern eine Pflichtleistung ist“.

**Andrea Asch** betonte, berufstätige Eltern bekämen ein riesiges Problem, „wenn sie die Betreuung haben in der Kita, das Kind dann in die Schule kommt und kein Platz in der OGS da ist“. Die kommunale Planung müsse sich darauf einstellen und ausreichend Plätze anbieten. Ein großes Problem für einkommensschwache Familien seien Zusatzkosten für das Mittagessen. Asch berichtete anschaulich von ihrer Erfahrungen bei einer Reise durch Skandinavien: „Als wir erzählt haben, dass bei uns ein kostenloses Mittagessen weder Bestandteil in der Kita noch Bestandteil in der Schule ist, da haben die uns angeguckt und gesagt: Wie bitte? Lassen Sie Ihre Kinder hungern?“ Es sei in Deutschland leider „die Realität, dass Kinder vom Ganzttag abgemeldet werden, weil die Eltern diese 3 Euro täglich nicht bezahlen können“. Die Grünen fordern daher „ein kostenloses Mittagessen sowohl in der Kita als auch in der Grundschule“. Etwas Warmes zu essen sei ein „Mindeststandard, um dann am Nachmittag weiter zu lernen und weiter arbeiten zu können“.

**Anja Hampel** präsentierte die Positionen des **Arbeitskreises 3**. In der Sekundarstufe I müssten die Beteiligungsmöglichkeiten von Schülern und Eltern ausgebaut werden. Ein konkreter Vorschlag sei die Wiederherstellung der Drittelparität in der Schulkonferenz. Außerdem verlangte die Gruppe die „Umwandlung im Ganzttag“: Nur bestimmte Klassen sollten in den Ganzttag gehen, damit Eltern noch die Wahlmöglichkeiten haben, ob ihr Kind daran teilnimmt oder nicht. Dritte Hauptforderung schließlich war die Rücknahme der G8-Regelung: Durch die Schulzeitverkürzung auf dem Gymnasium kommt es zu einer enormen Verdichtung des Lernstoffes. Viele Schulen seien auf einen längeren Aufenthalt der Schüler gar nicht vorbereitet, es gebe weder Aufenthaltsräume noch eine Mensa.



Anja Hampel

**Andrea Asch** unterstützte eine stärkere institutionelle Beteiligung, die Drittelparität stehe im Landesprogramm ihrer Partei. Das G8-Abitur allerdings wollen die Grünen „jetzt nicht zurückdrehen“. Die handwerkliche Umsetzung der Einführung von G8 sei „miserabel: Die Schulen sind nicht vorbereitet gewesen, der Unterrichtsstoff ist nicht adäquat reduziert worden.“ Die Kinder, aber auch Eltern und Lehrkräfte seien überfordert. Man wolle jedoch keine „Überstülpung und Gleichmacherei“. „Wenn Schulen sagen, wir wollen diesen Weg weitergehen, dann haben sie die Wahlmöglichkeit, in der Schulkonferenz gemeinsam mit Schülerinnen und mit Eltern das so zu gestalten. Andere Schulen dagegen, die diesen Weg nicht gehen wollen, sollen dann auch die Möglichkeit haben, aus dem G8 wieder auszusteigen“.



Andrea Asch

**Rolf Albach** unterstützte die Forderung aus dem Arbeitskreis nach einer Teilumwandlung im Ganztags: „Wir müssen Wahlmöglichkeiten haben; die Eltern und die Schüler, ab einem bestimmten Alter, sollen selbst entscheiden, was sie an ihrem Tag machen. Wir können das nicht den Menschen vorgeben.“ Das sei sicher eine Herausforderung an die Schulorganisation, aber „wir wollen die Kinder nicht dazu zwingen, in der Schule zu bleiben, wenn sie was Besseres vorhaben“. Zum Thema G8 propagierte der FDP-Politiker, sich „die Möglichkeit zu leisten, G8 neben G9 zu haben“. In Köln mit seinen vielen Gymnasien sei diese Vielfalt kein Problem, aber in manchen Landkreisen „geht das einfach nicht, weil es nur ein einziges Gymnasium gibt“. Sicher seien bei der Schulzeitverkürzung Fehler gemacht worden, aber diese habe auch Vorteile. Früher hätten gute Schüler in der 11. Klasse ein Jahr im Ausland eingelegt, attraktiver aber sei das „erst nach der Schule, dann können die Jugendlichen noch viel mehr daraus machen“.

Obwohl sie organisatorische Schwierigkeiten fürchtet, möchte auch **Ingrid Hack** „beides ermöglichen“. Es gebe Kinder, die mit G8 gut zurecht kommen. Das wolle sie „genauso respektieren wie die vielen Eltern und Schülerinnen und Schüler, die sagen: Das ist purer Stress, ich habe keine Zeit mehr für irgendetwas anderes.“

Die Forderung nach Teilumwandlung lehnte die SPD-Politikerin ab; sie hoffe, „da bin ich ganz ehrlich, dass wir irgendwann den gebundenen Ganzttag haben werden.“ Das sei nicht unumstritten, und man müsse in diesem Zusammenhang das Gespräch vor allem mit den Jugendverbänden suchen. „Die fürchten, dann gehen uns die Leute aus, wo ist denn dann unser Platz? Wo ist noch Platz für ehrenamtliches Engagement von Jugendlichen in nicht formalen Zusammenhängen?“ Es gebe hier kein Patentrezept. In ihrer Fraktion hat Hack zur Diskussion gestellt, „einen Nachmittag zur freien Verfügung nicht im gebundenen Ganzttag zu lassen“.

Die für die Kölner Schulen zuständige Beigeordnete **Dr. Agnes Klein** sprach sich deutlich dafür aus, die G8-Regelung zurückzunehmen. In Köln seien dieses Jahr „800 Schüler von den Gesamtschulen abgewiesen worden.“ Ein wesentlicher Grund liege darin, dass diese weiterhin neun Schuljahre zum Abitur anbieten. „Viele Eltern wollen ihren Kindern den Leistungsdruck und Konkurrenzdruck von G8 nicht zumuten.“



Wortmeldung aus dem Publikum

**Schlusswort: Beigeordnete Dr. Agnes Klein**

Ich glaube, eine wesentliche Forderung ist, dass die verschiedenen Bildungsangebote stärker verbunden werden im Sinne von Bildungslandschaften. Die vorschulische Bildung, die Grundschulbildung und die weiterschulische Bildung gehören zusammen. Wir als Kommunen brauchen Freiräume, damit wir unsere kommunalen Bildungslandschaften individuell planen können. Das ist der organisatorische und schulstrukturpolitische Aspekt.

Der zweite Punkt sind deutliche Nachbesserungen beim KiBiz oder wie immer es dann heißen soll (...): kleinere Gruppengrößen, mehr Erzieherinnen und Erzieher und vor allen Dingen auch die Aufwertung dieses Berufes. Das muss nicht unbedingt bedeuten, dass die, die jetzt die Arbeit machen, dann abgewertet werden. Da gibt es fließende Übergänge, da gibt es jede Menge Modelle, wie man das machen könnte.

Im Bereich des Offenen Ganztags haben wir mehrere Baustellen. Die eine Baustelle ist im wahrsten Sinne des Wortes: Wir haben im Moment keinerlei Investitionsmittel mehr, weil die Bundesmittel verbaut sind, für Köln waren das 80 Millionen Euro (...). Wir haben jetzt 18.500 Plätze, die Nachfrage ist ganz deutlich, und wir haben ja auch bei unserer Elternbefragung gesehen: Ganztags ist eines der ganz großen Themen. Das wünschen viele Eltern, nicht alle, aber eben doch sehr viele.

Das ist die Quantität, räumlich und von den Plätzen her. Was die Qualität angeht, finde ich immer eindrucksvoll: Wir haben in Köln ein Budget für den Betrieb des offenen Ganztags von 40 Millionen Euro jährlich: ein Drittel Landesmittel, ein Drittel pflichtige kommunale Mittel und ein Drittel noch mal freiwillige kommunale Mittel der Stadt Köln. Wir haben die Gruppengrößen noch mal verbessert, wir haben Sozialbudgets gebildet für Schulen, die in besonders schwierigen Situationen sind. Und wir haben das Thema Inklusion: 72 Prozent der Eltern möchten die Inklusion, die gemeinsame Beschulung von behinderten und nichtbehinderten Kindern. Für den Kitabereich ist das ja schon gut auf den Weg gebracht.



Dr. Agnes Klein mit Helmut Frangenberg

Das Land hat viele Jahre seit Einführung der Offenen Ganztagschule bei der Qualitätsentwicklung nahezu nichts gemacht. Wir haben damals dem Staatssekretär geschrieben: Könnt ihr nicht wenigstens die tarifliche Steigerung mal mit abfangen? Es kam zurück: Das Budget ist das Budget und mehr gibt es nicht. Also ist es dringend erforderlich, von Landesseite aus die Qualität noch mal in den Blick zu nehmen. Und wir brauchen im Lande einheitliche Qualitätsstandards – und nicht die eine Kommune, die Geld hat, die macht das. Und eine andere, die in der Haushaltssicherung im Nothaushalt ist, die kann das gar nicht. Das ist keine bildungspolitische Linie (...).

Wenn wir jetzt in den Ganztag gehen wollen mit den weiterführenden Schulen, dann müssen wir sehr schnell auch die baulichen Voraussetzungen schaffen und das knirscht an vielen Stellen. Wir haben an allen Schulen, die jetzt reingegangen sind, Provisorien eingerichtet. Aber es ist eben schwierig. Wir haben ein Bauprogramm nur für Köln für den Bereich Offener Ganztag im weiterführenden Schulbereich. Da sind mal eben so 280 Millionen Euro verbaut worden, aber man kann sich vorstellen, dass das auch nicht von heute auf morgen geht.

Das in aller Kürze. Im Kern finde ich es spannender, all diese Bildungsangebote ein bisschen mehr zusammen zu denken und unsere liebevollen Kästchenideen ein bisschen aufzulösen.

## Tagungsteam

### Helmut Frangenberg

Redakteur beim Kölner Stadt-Anzeiger, Journalist und Buchautor, Studium der Geschichte, Germanistik und Politik, verheiratet und Vater zweier Söhne im Alter von 10 und 16 Jahren.

### Anja Hampel

Studium der Sozialwissenschaften an der Universität Duisburg-Essen. Mehrjährige Tätigkeit im Bereich der Jugendsozialarbeit bei der Jugendhilfe Essen gGmbH. Seit 2009 Mitarbeiterin in der Fachberatung Jugendhilfe mit dem Schwerpunktbereich Kooperation Jugendhilfe – Schule beim Paritätischen Köln.

### Rainer Kascha

Diplom-Pädagoge und Vater von zwei erwachsenen Töchtern. Seit mehr als 20 Jahren Fachberater für Jugend- und Kulturarbeit des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes NRW und Jugendbildungsreferent im Paritätischen Jugendwerk NRW. Dienstsitz Solingen mit der regionalen Zuständigkeit für die Mitgliedsorganisationen im Rheinland. Neben Fortbildungen und Beratungen zur Kooperation zwischen Jugendarbeit und Schule Veröffentlichung von Fachbeiträgen zur Praxis.

### Dr. Karin Kleinen

Diplom-Pädagogin und Erziehungswissenschaftlerin. Schwerpunkt: Historische Bildungsforschung (Bildungstheorie, Sozialgeschichte der Kindheit und Jugend). 1991–1997 wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Erziehungswissenschaftlichen Fakultät der Universität Köln. Seit 2003 Fachberaterin für die offene Ganztagschule im Primarbereich beim Landesjugendamt Rheinland. Unterstützung von Jugend-, Schulverwaltungs- und Schulämtern sowie freien Träger der Jugendhilfe in Fragen der Planung, Konzipierung und Umsetzung des offenen Ganztags.

**Sabine Kobusch**

seit 2006 Leiterin der Betriebskindertagesstätte der Uniklinik Köln. Insgesamt 15 Jahre Leitungserfahrung bei kirchlichen Trägern und 20 Jahre Erfahrung im U3-Bereich in Kindertagesstätten und -heimen. Referententätigkeit beim Landschaftsverband Rheinland und der evangelischen Kirche, Veröffentlichungen über Kinder unter drei Jahren, Zusatzqualifikation als Mediatorin.

**Svenja Rabenstein**

Diplom-Pädagogin. Erfahrungen in der Leitung, der Projektierung und im Vorstand von Kindertageseinrichtungen sowie als Referentin und Fachberatung für die Kindertageseinrichtungen der Johanniter in NRW. Derzeit beim Landschaftsverband Rheinland im Landesjugendamt Bereich „Schutz von Kindern in Tageseinrichtungen für Kinder“ tätig. Inhaltliche Schwerpunkte: Betriebsnahe Kindertagesbetreuung, Qualitätsmanagement in Tageseinrichtungen für Kinder, Bildungskonzepte in der Elementarpädagogik, Bildungsdokumentation, Resilienz-forschung.

**Cornelia Spachtholz**

Diplom-Kauffrau, Mutter und Unternehmerin. Schöpft bei Ihrer Tätigkeit als Beraterin, Trainerin, Coach und Moderatorin aus 25 Jahren Berufserfahrung in vielseitig gelebten Arbeitsrollen, von Auszubildender bis stellvertretender Geschäftsführerin. Branchenerfahrungen in Handwerk, Einzel- und Großhandel, Industrie und Medien, Aus- und Weiterbildung bis hin zu Beratungsunternehmen. Themenspektrum: Diversity, familienbewusstes Personalmanagement, Kommunikation und interkulturelle Umgangsformen sowie Businessetikette. Stellvertretende Bundesvorsitzende des Verbandes berufstätiger Mütter (VBM), seit 2009 Sprecherin des Arbeitskreises Familie im Kölner Bündnis für Familien.

**Gerhard Stranz**

Beginn der Berufstätigkeit 1972 in einer Obdachlosensiedlung, später als Mitarbeiter im Paritätischen Wohlfahrtsverband Mitwirken bei der Weiterentwicklung vom Kindergartengesetz zum Gesetz über Tageseinrichtungen. 2006 Mitarbeit in der Volksinitiative NRW wegen der Kürzungen im Landeshaushalt. Zusammenarbeit mit Beteiligten aus anderen Verbänden und Zusammenschlüssen, etwa der Bildungswirtschaft im didacta-Verband. Regelmäßige Hospitationen in Waldorf-Kindergärten, um unmittelbare Erfahrungen mit grundlegenden Diskussionen zu verbinden.

## Teilnehmerinnen und Teilnehmer

Heike Ahlers-Fries	Annika Dörrenbach	Susan Jäkel
Dr. Rolf Albach	Andreas Dreischmeier	Lydia Jansen
Andrea Asch	Winfried Even	Prof. Dr. Bodo Januszewski
Julia Asmus	Elke Evers	Dorothea John
Stephanie Bargfrede	Richard Feider	Ender Karadag
Hannelore Bartscherer	Birgitta Fleu	Rainer Kascha
Uta Baumann-Giedziella	Sabine Fluks	Oxana Khan
Tanja Becker	Helmut Frangenberg	Gisela Kierdorf
Tanja Beinhorn	Ingrid Fricke	Ira Klein
Ulrich Bergmann	Sarah Fuhrmann	Dr. Agnes Klein
Stefanie Bernhard	Petra Gast	Monika Kleine
Johannes Bienefeld	Petra Gatter	Dr. Karin Kleinen
Roswitha Biermann	Dr. Thomas Gesterkamp	Vera Kloda
Karen Blomeyer	Gisela Gieren	Monika Knepper
Margret Börner-Polz	Nina Gladbach	Sabine Kobusch
Beate Bowien	Silke Glasing	Markus Kögel
Monika Burauen	Klaus Görris	Gisela Kohler
Marina Burd	Reiner Gottschlich	Silke Koppenhöfer
Richard Bürvenich	Saskia Götzl	Andreas Kossiski
Karina Büscher-Lueb	Frauke Greven	Carolin Krause
Dr. Carolin Butterwegge	Ingrid Hack	Thomas Kröll
Svetlana Cirkova	Sabine Hager	Dr. Franz Kasper Krönig
Selma Citak	Anja Hampel	Jenny Kühne
Christiane Clemen	Peter Hoffstadt	Ira Künnecke
Bärbel Dahmen	Christa Höher-Pfeifer	Monika Kuntze
Necla Demirci	Dr. Tordis Horstmann	Jürgen Kura
Ester Derksen	Kathrin Hücker-Magrian	Angelika Lahs
Claudia di Gennaro	Lars Hüttler	Brigitte Langhagel
Ruth Differdange	Heidi Irlenbusch	Torsten Leuchtenberg
Liv Dizinger	Svenja Isenhardt	Alexandra Lewerth

Petra Löbach	Jana Pinkert-Hamidi	Peter Sedlaczek
Kathrin Löbbert	Eva Pohl	Pierre Sonntag
Paola Longobardi	Susanne Polz	Cornelia Spachtholz
Nicola Lück	Reiner Polz	Michael Speer
Andrea Machava	Irmgard Pütz	Matthias Sperling
Dr. Kirsten Mallossek	Marie-Luise Quilling	Helga Spyth-Salz
Stefanie Manderscheid	Svenja Rabenstein	Daniela Steffes
Christel Manecke	Dr. Bernd Rasche	Gerhard Stranz
Maria Mannsky	Anke Reichwein	Uwe Strauß
Brigitte Mehlmann	Michaela Renkel	Barbara Stroh
Simone Merg	Silke Reuter	Ute Täfler
Dorothee Mersmann	Lisette Reuter	Helga Tillmann
Hildegard Merten	Rita Richter	Natali Tobisch
Silke Mertesacker	Anette Rimbach	Harika Turhan
Sandra Mettler	Beate Robie	Bärbel van Dawen
Anikó Metz	Gisela Rosemann	Robert Verduijn
Bozena Müller	Ulrike Rosenfeld	Daniela von Palubicki
Olieta Mumme	Jürgen Roters	Regine Walter
Therese Negele	Dr. Dirk Rüdiger Rudolf	Ulrike Weber
Nadja Nickel	Sabine Sacher	Yvonne Weikinal
Brigitte Noack	Erika Scheffels	Emmi Weitkamp
Leonore Overberg	Andrea Schink	Beate Weyergans
Nina Paganotto	Ilse Schlömer	Wolfgang Wirtz
Elke Peters	Marion Schmack	Marcus Wolski
Christiane Petri	Silke Schröder-Wohlert	Ulrike Zeidler
Patrick Petsch	Henrike Schulte	Markus Ziggel
Ulrike Pfürtner-Eberleh	Petra Schumacher	



## Der Oberbürgermeister

Amt für Kinder, Jugend und Familie  
Amt für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Text

Dr. Thomas Gesterkamp, Journalistenbüro

Fotos

Rainer Ehrlicke, Buss & Ehrlicke Fotodesign GbR

Gestaltung

rheinsatz, Köln

Druck

Druckerei Barz & Beienburg GmbH, Köln